O-05-186 Erneuern wir das Versprechen unserer Demokratie!

Antragsteller*in: Philipp Schmagold (KV Plön)

Änderungsantrag zu O-05

Von Zeile 185 bis 188:
genau hierfür Instrumente in unserem Grundgesetz angelegt. Es ist Zeit, sie jetzt parteiübergreifend zu nutzen. Denn die AfD radikalisiert sich immer weiter und ist zentraler Bestandteil eines rechtsextremen Netzwerks. Ein Verbotsverfahren muss deshalb endlich auf den Weg gebracht werden. Das Bundesverfassungsgericht muss dazu endlich von Bund ~~und~~oder Ländern in die Lage versetzt werden, zu prüfen, ob die AfD verfassungswidrig ist und somit angesichts der Bedrohung verboten werden muss.

Begründung

Wir sollten nicht ausschließlich von einer "Prüfung" sprechen. Dies ist zwar formal korrekt, aber kann verharmlosend wirken. Besser verständlich ist der Begriff des Verbotsverfahrens, diese Formulierung wurde inspiriert vom Wahlprogramm 2026 von Bündnis 90 / Die Grünen Rheinland-Pfalz: https://gruene-rlp.de/wahlprogramm-landtagswahl-2026/

Das Verbotsverfahren kann nicht nur gemeinschaftlich von Bund UND Ländern erfolgen, sondern von Bundesregierung, Bundestag ODER Bundesrat, auch einzeln. Strategisch ist natürlich eine gemeinsame Antragstellung besser, aber falls Uneinigkeit zwischen diesen drei antragsberechtigten Verfassungsorganen herrscht, dann sollten wir im Zeifel auch ein Verfahren auf Initiative eines Verfassungsorganes oder von zwei Verfassungsorganen unterstützen.

weitere Antragsteller*innen

Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Claudia Laux (KV Coburg-Land); Bettina Deutelmoser (KV Stade); Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße); Martina Hoffmann (KV Saalekreis); Tabitha Elkins (LV Bayern); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Constanze von Essen (KV Berlin-Lichtenberg); Martin Pilgram (KV Starnberg); Jürgen Bischoff (KV Berlin-Kreisfrei); Julia Länder (KV Leverkusen); Damian-Aidan Koenig (KV Leipzig); Julia Hager (KV Bad Dürkheim); Diethardt Stamm (KV Wetterau); Albert Dietz (KV Ahrweiler); Simon Gast (KV Osnabrück-Land); Jakob Gintars (KV Bonn); Dustin Eikmeier (KV Berlin-Lichtenberg); Ellen Russow-Henning (KV Lüchow-Dannenberg); sowie 118 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.